

24.11.98

Vorschlag
an den Bundesrat

**Vorschlag für die Berufung eines Mitglieds des Verwaltungsrates
der Bundesanstalt für Arbeit**

Der Ministerpräsident
des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin, den 24. November 1998

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Hans Eichel

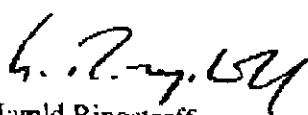
Sehr geehrter Herr Präsident,

bedingt durch die Regierungsneubildung in Mecklenburg-Vorpommern ist es erforderlich, die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit neu zu regeln.

Es wird daher beantragt, Herrn Dr. Joachim Wegrad, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern, anstelle von Herrn Staatssekretär Dr. Michael Baumann gemäß § 390 SGB III als Mitglied im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit für die noch bis 31. März 2004 laufende 10. Amtsperiode der Selbstverwaltungsgremien der Bundesanstalt für Arbeit zu berufen.

Ich bitte, die Angelegenheit gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates mit dem Antrag auf sofortige Sachentscheidung auf die Tagesordnung der 732. Sitzung des Bundesrates am 27. November 1998 zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Harald Ringstorff

Beschluß
des Bundesrates

Vorschlag für die Berufung eines Mitglieds des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit

Der Bundesrat hat in seiner 732. Sitzung am 27. November 1998 beschlossen, gemäß § 392 Abs. 2 Nr. 2 SGB III anstelle von Herrn Staatssekretär Dr. Michael Baumann

Herrn Staatssekretär Dr. Joachim Wegrad,
Ministerium für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern,

dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zur Berufung als Mitglied im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit für den Rest der laufenden Amtsperiode (31. März 2004) vorzuschlagen.